

Artikel vom 22.03.2022

Pressemeldung

Menschlichkeit muss unsere Maxime sein und klares Handeln unsere Leitschnur



Im Hinblick auf die anhaltenden Fluchtbewegungen aus der Ukraine fordert Katrin Staffler, MdB bei Registrierung und Verteilung sowie bei der Integration von Frauen und Kindern mehr Einsatz der Bundesregierung.

Die CSU-Abgeordnete für Dachau und Fürstenfeldbruck Katrin Staffler steht seit Beginn des Ukraine-Kriegs im ständigen Austausch zu den Funktionsträgern in den Städten und Gemeinden im Wahlkreis. Letzten Freitag hat sie sich unter anderem bei der Sammelstelle im Veranstaltungsforum Fürstenfeld selbst ein Bild von der großen Hilfsbereitschaft vor Ort gemacht: „Die Anteilnahme und Bereitschaft zu helfen ist in den Landkreisen Dachau und Fürstenfeldbruck enorm. Mein Dank geht an die Hilfs- und Blaulichtorganisationen sowie an alle freiwilligen Helferinnen und Helfer, die im Rahmen von Sammelaktionen von Hilfsgütern für die Ukraine oder bei der Ankunft und Betreuung der Geflüchteten vor Ort unterstützen. Es ist ein großes Zeichen unserer Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung.“

Im Rahmen der anschließenden Mahnwache in Fürstenfeldbruck fordert Staffler die sofortige Beendigung des Krieges. Sie betont in diesem Zusammenhang: „Menschlichkeit muss unsere Maxime sein und klares Handeln unsere Leitschnur. Das bedeutet für mich: Aufnahme von Menschen in Not, starke Sanktionen gegenüber Russland und eine Stärkung unserer Bundeswehr“.

Ein Thema, das die Bundestagsabgeordnete vom vergangenen Freitag mit nach Berlin nehmen wird, ist die Bewältigung der enormen Herausforderungen, vor denen die Kommunen in den Landkreisen Dachau und Fürstenfeldbruck derzeit stehen. „Die Bundesregierung muss sich bei Verteilung, Registrierung und Unterbringung der Geflüchteten stärker engagieren. Nachdem der Freistaat angekündigt hat, die Kommunen mit 1 Milliarde Euro zu unterstützen, braucht es endlich auch eine klare Ansage, inwieweit sich der Bund bei der Finanzierung dieser Kraftanstrengung beteiligen wird! Die Lasten dürfen nicht bei den Ländern, Kommunen und Hilfsorganisationen alleine liegen. Gleichzeitig brauchen wir bei Fragen rund um die mittel- und langfristige Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten– unter Berücksichtigung der kommunalen Handlungsfreiheit bei der Ausgestaltung vor Ort – schnelle Lösungen!“, so Staffler.

Wichtig ist der Bildungspolitikerin auch ein rascher Zugang zu Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für die geflüchteten Kinder und jungen Erwachsenen. „Wenn Integration gelingen soll, ist Zugang zu entsprechender Bildung und der Kontakt zu Gleichaltrigen unabdingbar. Ich bin den Landräten von Dachau und Fürstenfeldbruck sowie vielen Ehrenamtlichen sehr dankbar, dass hier nach schnellen Lösungen gesucht wird.“